

Sehr geehrte Damen und Herren Senatorinnen und Senatoren,  
verehrte Gäste,  
lieber Präsident Auffermann,  
liebe Mitglieder des Vorstandes,

in meiner ehrenamtlichen Tätigkeit für den WBA, respektive dem zugehörigen Europasenat, wurde ich vom Vorstand gebeten, an Sie, anlässlich des heutigen Senatsbanketts, ein paar Worte zu richten.

Das ehrt und freut mich, auch wenn es – aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Großwetterlage – mehr als ein paar Worte werden.

Es ist in diesen turbulenten Zeiten schwer, den einen oder anderen politischen und/oder wirtschaftlichen Gedanken nach Prioritäten zu fokussieren und zu reflektieren, denn die Ereignisse in der Weltpolitik überschlagen sich geradezu. Und das täglich.

Wenn man den Versuch unternimmt, über die Ursachen dieser fatalen Entwicklungen nachzudenken, hilft ein Blick in die Vergangenheit:

- vieles erinnert mich dabei an die 68er Jahre
- damals hatte die Jugend, insbesondere die Studenten(innen), ihre Probleme mit den Obrigkeiten, den verstaubten Talaren in den Unis, den als restriktiv empfundenen Behörden, den konservativ dogmatischen Kirchen, den Erziehungsmethoden der Eltern und solcher in den Schulen;
- hinzu kam der Vietnamkrieg, mit seinen unsäglichen Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, u.v.a.m.
- seit geraumer Zeit erleben wir weltweit eine Art von Renaissance zu den 68er Jahren, allerdings nicht nur bei der Jugend, sondern der gesamten Bevölkerung
- es gibt eine enorme Politikverdrossenheit
- wir verzeichnen einen erheblichen Vertrauensverlust in die Institutionen, den Staat als solches und vor Allem seine Repräsentanten
- die Alt-Parteien – und das gilt für ganz Europa und viele Teile der Welt – fanden und finden keine ausreichenden Antworten auf die rasanten Entwicklungen in unserer schnelllebigen Zeit

- auch nicht auf die damit verbundenen Sorgen und Bedürfnisse, denn es fehlen die überzeugenden Antworten und Handlungen, zur Heilung der vielen enttäuschten Erwartungen
- dies alles führte zu einem Vertrauensverlust und damit zu einem Vertrauensentzug
- die jeweiligen Wahlen gaben den Alt-Parteien und die sie vertretenden Politikern dann auch eine eindeutige Antwort

Resultate dieser – international wahrnehmbaren – Politikverdrossenheit sind u.a.:

- Populisten kamen in einigen Ländern an die Macht
- egozentrische und damit unberechenbare Individuen, ausgestattet mit einer Fülle von teils übernommener, teils sich selbst angeeigneter Macht
- und warum: weil das „Volk“ eine Alternative zu der alten Spezies der Politiker suchte

Dabei blieb nichts wie es war. Nicht einmal das Bewährte:

- wider besseren Wissens wird das Klimaabkommen von den USA aufgekündigt
- die Nato infrage gestellt, bzw. deren Stellung und Bedeutung unterminiert
- die westlichen Partner desavouiert (siehe den letzten G 7 Gipfel)
- internationale Handelsabkommen gekündigt, oder verschärft
- das Atom-Abkommen mit dem Iran aufgekündigt
- Konflikte zu China, Kanada und Europa erzeugt (Handelszölle)
- demgegenüber wird auf Russland zugegangen, trotz Krim-Annexion und Ostukraine, der Einmischung in die eigenen US-Wahlen, etc.
- ein Treffen mit einem Mann inszeniert, welcher unvorstellbare Grausamkeiten zu verantworten hat - und das alles noch bei sehr ungewissen Ausgang...
- in diesem Zusammenhang beunruhigt es geradezu, wenn die USA aus der Menschenrechtskommission austreten, statt diese zu stärken
- aber: um auf die Thematik USA/ Europa eingehen zu wollen, bedarf es sehr viel Zeit...
- jeder von uns kennt das sehr unerfreuliche und gefährliche Szenario für die Welt, in der wir leben

Trägt hier irgendetwas zur erforderlichen Stabilität in unserer Welt bei?  
Bisher leider nicht.

Wenden wir uns kurz Europa zu:

Europa stellt sich leider selbst infrage. Dies ist eine weitergehend besorgniserregende Situation, denn:

- einerseits sorgte die eingangs erwähnte Politikverdrossenheit der Bevölkerungen für neue Player in der Politik; mit neuen Parteien, neuen Gesichtern, neuen Verhaltensmuster
- andererseits prägen diese neu gewählten Volksvertreter ihren eigenen Stil, welcher sich nicht an der Kontinuität der bisherigen Politik messen lassen will;
- neu ist dieser Stil, der manchmal unkonventionell und damit undiplomatisch wirkt; jedoch ein neues Politikverständnis einleitet
- an Letzteres muss man sich erst gewöhnen. Solange sich die charakterlichen und fachlichen Fähigkeiten der neuen Verantwortlichen an Verfassung, Recht, Gesetz und Ordnung orientieren, kann und wird es auch positive Impulse geben

Erinnern wir uns in Deutschland an die lebhaften Debatten im Bundestag, in den 70er - 90er Jahren, mit Voll-Politikern wie z.B. Schmidt, Strauß, Brandt, Weizäcker, Genscher, Erler, Wehner u.a., welche voller politischer Leidenschaft, ohne Manuskripte, ohne Meinungsforschung, ohne Briefing und teils ohne Redenschreiber von sich aus argumentierten, pur, voller Elan, aus der jeweiligen persönlichen Überzeugung heraus.

Die Reden waren hörens Wert.

Interessant, ja streckenweise sogar spannend.

- Heute ist alles fraktionsintern sorgfältig abgestimmt
- auf die jeweilige Zielgruppe hin ausgerichtet und formuliert
- heute wird „kreatives Reden“ gepostet und getwittert
- die Debatten sind oftmals keine Debatten mehr
- man sieht das ja auch in der Präsenz der Abgeordneten im Bundestag
- manchmal würde es genügen, vorgedruckte Handzettel auf den wenigen besetzten Stühlen im Plenum zu verteilen

Aber, diesem Phänomen begegnet man in vielen Ländern:

Die USA erwähnte ich bereits: hier war man auf der Suche nach einem neuen John Wayne und hat etwas Ähnliches gefunden

Und in unserem Europa:

- Frankreich suchte, nach der Enttäuschung mit Hollande, einen neuen, charismatischen Kopf für die Grand Nation und hat ihn mit Macron gefunden
- Ungarn wählte den Weg zurück; zum Nationalstaat, mit einer eigenen Agenda eines als autoritär empfundenen Orban
- die Türkei wird sich morgen bei den bevorstehenden Wahlen entscheiden müssen, ob sie ein präsidiales Sultanat akzeptieren will, oder sich in der Demokratie wiederfinden möchte
- England hat sich durch Cameron mit der Volksbefragung selbst ein Bein gestellt; die Folge ist der Brexit
- Irland- und Nordirland haben damit ihre eigenen Probleme zu lösen
- Schottland sieht sich diese Entwicklung an, um sich dann für oder gegen Europa zu entscheiden
- Belgien leidet wie bisher unter seiner kulturellen, politischen und sozialen Disharmonie
- Spanien muss sich mit den Separatisten, nicht nur den Katalanen, beschäftigen und der neu gewählte Ministerpräsident muss sich intern und extern noch positionieren
- Frankreich will, wie Deutschland u.a. Länder, ein starkes Europa; hat aber intern mit den Korsen und anderen Regionen, mit sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Problemen und einer hohen Jugendarbeitslosigkeit zu kämpfen
- Österreich versucht zu vermitteln; denkt aber neben der Flüchtlings- und Grenzproblematik daran, die Südtiroler mit österreichischen Pässen auszustatten, und damit eine Doppelstaatlichkeit mit Italien zu erreichen.
- in Italien rumort es politisch. Eigentlich nichts Neues. Keiner weiß im Moment, wo die Reise hingehen soll. Das Land ist enorm verschuldet, hat zur Zeit eine vollkommen neue Flüchtlingsphilosophie, einen anderen politischen Führungsstil, auch in Bezug auf Europa  
Wenn der neue italienische Innenminister Salvini Flüchtlinge, welche hilflos auf Gummibooten dem Meer ausgesetzt sind, als fahrendes „Menschenfleisch“ bezeichnet, ist das abartig. Das im Land des christlichen Glaubens, in welchem der Vatikan beheimatet ist!
- Griechenland wurde dauerbezuschusst - zuletzt mit 89 Mrd. Euro. Die Lage scheint sich jedoch wirtschaftlich gesehen tatsächlich zu verbessern.
- die Polen besinnen sich auf ihre eigene politische Identität und Eigenständigkeit

- die kleinen baltischen Länder konzentrieren sich zwangsläufig auf ihre Sicherheitsprobleme aufgrund der Grenznähe zu Russland; dies mit dem Trauma Krim und Ostukraine und im Sichtfeld massiver russischer Manöver
- das kleine Luxemburg setzt sich für Europa als Ganzes ein, hat es aber relativ leicht, da ohne Flüchtlingsprobleme und gut gerüstetem Budget
- Bulgarien, Dänemark, Finnland, Schweden, Holland, Malta, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Zypern : jedes dieser Länder hat seine eigenen Agenden

Was wird aus der großen Idee Europas?

- nachdem sich die Europäische Union am 1. November 1993 in Maastricht, Niederlande, gegründet hat, hat sich diese Union auf bereits 28 Staaten (noch ist UK dabei) entwickelt
- davon haben 19 Staaten den Euro eingeführt
- allerdings sind noch 15 Länder Europas (ohne Russland und den Osten) noch nicht in der EU

Die europäische Idee der Gründerväter war und ist großartig. Doch lässt sich diese bei einem 100% Übereinstimmungs-Erfordernis überhaupt realisieren?

Da stellt sich mit Recht die Frage: Können federführende Politiker/innen wie Merkel und Macron und andere Willige Europa stabilisieren, wenn möglich sogar revitalisieren?

Da wird u.a. die Flüchtlingsfrage zur Blaupause: Erinnern wir uns:

- 2015 kamen 100.000ende Flüchtlinge, u.a. über die kroatische, slowenische aber auch italienische und österreichische Grenze, sowie über und aus anderen Ländern nach Deutschland und in andere nord-westliche Länder
- ein Tsunami an Menschen in Not
- ein kaum zu bewältigendes Problem, damals in dieser konzentrierten Art und Weise, bei dieser enormen Menge an Menschen, innerhalb einer neuen politischen und behördlich/ rechtlichen und humanitären Situation
- erstmals wurde Europa als Ganzes humanitär gefordert
- erstmals sollten bestehende Verträge, zur Sicherung des Schengen-Abkommens, eingehalten werden
- erstmals kam es auf eine konzertierte Aktion eines einigen Europas an

- Doch statt all dies bereits Vereinbarte aufzugreifen und umzusetzen, begann eine Odyssee
- der Rückfall in Einzelinteressen
- und damit das Drama um die Flüchtlinge
- das Ringen um die Anwendung und Umsetzung bestehender Verträge
- das Anmahnen der Europäischen Idee: Loyal, solidarisch und vertragstreu zu handeln
- alle Segnungen der Europäischen Union, wie z.B. Öffnung eines riesigen freien Marktes, ohne Zoll- und Handelsbeschränkungen, Freizügigkeit des Reisens, abgestimmte Außen- und Sicherheitspolitik, finanzielle Unterstützung einzelner Länder, gemeinsames Europaparlament, gemeinsame Währung, freier Arbeitsmarkt, hoher Lebensstandard, u.v.a.m. genügten plötzlich nicht mehr
- an der zu koordinierenden und gerecht zu lösenden Flüchtlingsfrage waren plötzlich einige Länder nicht mehr interessiert; an den weiteren Zuschüssen der EU, allen Voran den der Deutschen, aber sehr wohl.

Ist das fair im Geiste eines Europas der Nationalstaaten? Wohl kaum.

- Natürlich muss man gemeinsam das Flüchtlingsproblem in den Griff bekommen, und damit auch die zweifelsfrei vorhandene Überfremdung in einigen Ländern und Regionen innerhalb Europas.
- die Frage bleibt: Wie und unter welcher Auswahl an Mittel und Maßnahmen kann das geschehen?
- im Kern bedarf es einer gemeinsamen konzertierten Aktion, unter gerechter Verteilung der Lasten
- alle Staaten Europas haben innerhalb der Union Rechte und Pflichten. An Letzteres muss man die unwilligen Staaten energisch erinnern
- Denn wir brauchen eine europäische Lösung. Aber, damit zusammenhängend, auch gemeinsam abgestimmte, bilaterale Lösungen, welche bei Spezialfällen zur rechtsstaatlichen Anwendung führen könnten
- nachdem das Flüchtlingsaufkommen, seit 2015 – zum Glück – zurück gegangen ist, müssten alle diese Fragen auch seitens der Verwaltungen und Behörden einer Lösung zugeführt werden können

Es bleibt zu hoffen, dass Frau Merkel und ihre Kollegen in der EU, bei der bevorstehenden Zusammenkunft der Regierungschefs, einen vernünftigen Weg zur Lösung dieser Probleme finden, welcher jeweils auch innenpolitisch akzeptiert wird, denn Europa könnte zugrunde gehen:

- wenn sich Europa auseinanderdividiert
- sich innenpolitisch verhakt
- wenn wir Europäer nicht Hilfe vor Ort leisten

Zum Beispiel die Entwicklungshilfe in den betroffenen Ländern - diese muss kontrolliert investiert werden, damit entziehen wir den Ursachen für die Völkerwanderungen den Nährboden.

Es ist doch am Beispiel Syriens grotesk, dass Russland und die USA, plus die Türkei, tausende von Bomben werfen und sich dann zusammen mit den Europäern wundern, dass die Armen, Geplagten, Überlebenden oder Hungernden nach Europa zu fliehen versuchen.

Haben die USA und Europa vergessen, dass auf unseren Werten die Charta für die Menschenrechte quasi erfunden wurde? Es darf nicht sein, dass wir auf Basis unserer christlichen Werte unverschuldet in Not geratene, arme und leidende Menschen mit ihren Kindern zurück ins Elend – oder gar in den Tod – schicken.

Ist dies das Gesicht Europas und der freien Welt?

Selbstverständlich müssen wir Kriminelle, unberechtigt um Asyl bittende, Wirtschaftsflüchtlinge, Flüchtlingstouristen etc. sofort zurückweisen, und das bereits an den Außengrenzen, wie es das Schengen-Abkommen vorsieht.

Aber bitte pauschalisieren wir nicht. Nicht jeder verzweifelte Überlebende ist automatisch ein Krimineller.

Wenn wir so denken, senkt sich ein Schatten auf unser christliches Abendland.

Aber, auch ganz unabhängig von dem Flüchtlingsthema und -drama:

Europa könnte auch aus ganz anderen Gründen zugrunde gehen, falls die EU sich nicht reformiert, denn:

Erschreckend ist, dass die pro-europäische Haltung leider nicht mehr sehr populär zu sein scheint.

Wer glaubt, es geht auch ganz ohne die EU, mit kleinen Binnenmärkten, alten Grenz-, Zoll- und Passkontrollen, Handelsschranken, eigenen Währungen, eigener Sicherheitspolitik usw, der begeht einen schrecklichen Irrtum:

- nur Europa als Völkergemeinschaft kann überleben
- so schnell, wie sich die Welt verändert, mit dem Aufstieg neuer Großmächte, verändern dieses Weltgeschehen. Und dazu zählt nicht nur China, auch Indien, Indonesien und Russland
- hinzu kommt, dass aufgrund der letzten Ereignisse (Brexit, USA u.a.m) auch die Ost-West-Stabilität gefährdet ist und damit auch eine über Jahrzehnte bewährte Sicherheitspolitik
- Dass die kleinen europäischen Länder jeder für sich eine Zukunft hätten ist eine Illusion, ein fataler Trugschluss

Europa muss sich reformieren, sonst verfällt die EU in eine nie gekannte Bedeutungslosigkeit - mit allen negativen Konsequenzen.

Und viele der angesprochenen Probleme hatten wir ja bereits:

Strafzölle, Grenz-, Zoll- und Passkontrollen, Kriege, Flüchtlingswellen, Faschismus, Antisemitismus, Separatismus, Armut, Hunger und Not, Banken- und Wirtschaftspalten, Währungsreformen, Klein- und Kleinst-Staaten - und der Ruf nach einer „starken Führung“.

Tragen wir unseren Beitrag dazu bei, dass die „starke Führung“ nicht wie in der Vergangenheit von Einzelnen, sondern von einem einheitlichen, geschlossenen, loyalen, solidarischen und demokratischen Europa ausgeht, welches sich für Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit, Mitmenschlichkeit und freien Handel einsetzt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.